

AG: Kosten der Unterkunft (KdU)

Forderungen:

- Einführung eines qualifizierten Mietspiegels unter Berücksichtigung der Verfügbarkeit und Zugänglichkeit der Wohnungen
- Beweislast muss weg z.B. bei Heizkosten
- Keine Segregation (Abgrenzung) auf dem Wohnungsmarkt
- Der kommunale Wohnungsbau muss gefördert und ausgebaut werden
- Die individuellen Aspekte bei den KdU sind zu vielschichtig, um zu pauschalieren
- U 25 muss weg (gemeint ist das „Auszugsverbot“ für unter 25-jährige)
- Besteht der Mietvertrag länger als zwei Jahre, ist die „Angemessenheit“ vorzusetzen
- Bedingungslose Übernahme der Tilgungsleistungen bei Eigenheimen bis zur Höhe der „angemessenen“ Kosten einer vergleichbaren Mietwohnung
- Genehmigungspflicht (bei Umzug bzw. Neuanmietung) muss weg
- Freizügigkeit muss gewährleistet sein
- Tatsächliche Kosten der Unterkunft müssen übernommen werden
- Rechtsdurchsetzung muss gewährleistet sein

Kooperationspartner vor Ort:

- Mieterverein
- Wohnungsbaugesellschaften
- Kirchen
- Sozialverbände
- „Haus und Grund“
- Gewerkschaften

Die AG fordert: Werkwohnungen für Hartz IV-BezieherInnen